Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 24. Juli 1930
Donnerstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentl. zwölfmal. Bezugspreis monatl. 4.35 RM d. eig. Boten. Durch d. Post 4.35 RM monatl. einschl. 0.60 RM Postzeitungsgeb. Hierzu Bestellgeld. Anzeigenpreis: 0.40 RM. Fam.-Anz. u. Stelleng. 0.25 RM die 27 mm br. Millim.-Zeile. Bei unverschuld. Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 339

24. 7. 30

10 Pfennig

Unsere Meinung

Mit der **Gründung der Konservativen Volkspartei** ist der entscheidende Schritt zur Konstituierung der neuen Rechten getan. Es läßt sich jetzt mit einiger Sicherheit übersehen, mit welchen taktischen Einheiten die positiv eingestellten Kräfte der deutschen Rechten in den Wahlkampf gehen werden. Zwei Säulen sind gebildet: Einmal die konservative Volkspartei, in der sich um den Grafen Westarp und den Reichsminister Treviranus eine Reihe hervorragender Namen bereits gesammelt haben, und auf der anderen Seite das Landvolk, das den Reichsminister Schiele als seinen Führer betrachtet. Man mag es bedauern, daß nicht schon für diesen Wahlkampf die Gründung einer großen einheitlichen Partei durchgeführt werden konnte. Aber diese nähere Zusammenfassung wird sich, wie wir glauben, aus der weiteren Entwicklung zwangsläufig ergeben. Nicht ganz mit Unrecht stellt die neue Konservative Volkspartei fest, daß alle Arbeit zunächst auf das Ziel eines günstigen **Wahlerfolges** gerichtet sein muß, und es ist immerhin auch die Meinung vertretbar, daß auf dem Lande gegenüber der radikalen Agitation die berufsständische Parole „Mehr Macht dem Bauern!" am wirksamsten sein werde. Trotzdem muß unbedingt der große Kampf vom Landvolk und der Konservativen Partei gemeinsam geführt werden, und es ist ein neuer Ton im deutschen Parteileben, wenn in dem Wahlaufruf der Konservativen gesagt wird, daß sich Parteien nicht nur zu bekämpfen, sondern durch den Blick auf das Ganze zu ergänzen haben. Man darf überzeugt sein, daß vor allem Graf Westarp und Minister Schiele in dieser Richtung der gemeinsamen Zukunftsarbeit wirken werden, wie denn auch Graf Westarp in der Gründungsversammlung ausdrücklich betont hat, daß die neue Partei in engster Fühlung mit der Landvolkpartei bleiben werde. Durch solch gemeinsames Vorgehen im Wahlkampf kann am besten die spätere Zusammenarbeit im Reichstag wirksam vorbereitet werden, die in einer großen einheitlichen Fraktion im Parlament ihren Ausdruck finden muß. Ebenso ist zu fordern, daß die unverkennbare Gemeinsamkeit der Ziele auch schon im Wahlkampf in einer gemeinsamen Reichsliste (und in einer Listenverbindung, wo immer es möglich ist, auch in den Wahlkreisen) ihren Niederschlag findet. In der Versammlung, in der, wie an anderer Stelle mitgeteilt, Graf Westarp und die Minister Schiele und Treviranus zu der Gründung der Konservativen Volkspartei Stellung nahmen, wurde mit besonderer Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß Graf Westarp sich der neuen Partei zur Verfügung gestellt hat, wenn er auch ausdrücklich selbst gebeten hatte, ihn nicht in den Ausschuß, sondern nur in den Beirat zu entsenden. — Die neue Rechte tritt mit günstigen Aussichten in den Wahlkampf ein. Bei Aufwendung der nötigen Energie muß es ihr glücken, eine ganze Anzahl von Mandaten über ihren jetzigen Stand hinaus zu erobern. Denn ganz allgemein ist, auch im Lande draußen, besonders in der politischen Jugend, das Gefühl vorhanden, daß die neue Gründung einem unbedingten Bedürfnis entspricht, und daß ihr eine Chance gegeben werden sollte. Ein Erfolg der neuen Rechten wäre vor allem geeignet, das herbeizuführen, was wir als Ziel des Wahlkampfes bezeichnet haben: einen Reichstag, mit dem Hindenburg regieren kann.

★

Die Bemühungen der südosteuropäischen Agrarländer, sich zur Erleichterung der Schwierigkeiten, unter denen auch sie zu leiden haben, wirtschaftlich enger zusammenzuschließen, können in Deutschland nur mit herzlicher Sympathie verfolgt werden. Gelingt es den **Ungarn und Jugoslawen, Rumänen und Bulgaren**, durch Zusammenarbeit untereinander die Kaufkraft ihrer Bevölkerung, namentlich der notleidenden agrarischen Schichten, zu heben, so wachsen damit gleichzeitig die Aussichten für den deutschen Export in diesen zukunftsreichen Staaten. Für die Steigerung der deutschen Ausfuhr kommen außer den großen Welthandelsländern, wie England, Holland, die Vereinigten Staaten, Belgien, Frankreich und Skandinavien, die stets die besten gegenseitigen Abnehmer waren, vor allem die erwähnten Volkswirtschaften im südlichen und östlichen Mitteleuropa in Frage. Daß bei einer solchen Entwicklung Wien und Deutsch-Oesterreich nicht ausgeschaltet werden dürfen, sondern einen hervorragenden Stützpunkt und Umschlagsplatz abgeben müssen, hat der geschäftsführende Vorsitzende des Langnam-Vereins, Dr. M. Schlenker (Düsseldorf), dieser Tage in seinem beachtenen Aufsatz der „DAZ" überzeugend nachgewiesen. Leider verfügt Deutschland nur über bescheidene Kapitalquellen, um die Aufschließung des mitteleuropäischen Raumes zu finanzieren. Das, was an Mitteln heute frei ist, oder einmal verfügbar werden sollte, wäre aber sicher zweckmäßiger dorthin zu leiten, als in Länder, deren Entwicklungschancen und deren Annäherungsbereitschaft an Deutschland skeptischer beurteilt werden müßte.

★

Bei der Durchsicht des jetzt fast vollständig vorliegenden statistischen Materials über den **Besuch der Berliner Staatlichen Museen** im ersten Halbjahr 1930 (das wir in den nächsten Tagen noch ausführlicher zahlenmäßig auswerten werden), ergibt sich die erfreuliche Tatsache, daß die seit drei Jahren ständig sinkende Besucherzahl jetzt wieder im Zunehmen begriffen ist. Sämtliche Staatlichen Museen zusammen dürften jetzt wieder mit einem durchschnittlichen Tagesbesuch von 2500 Personen rechnen. Das Hauptverdienst daran trägt zweifellos die viel umkämpfte Aufreteie, die in den letzten Monaten die doppelte Zahl von Besuchern ins Alte und Neue Museum gelockt hat. Der Kampf um den Austausch rief also neben leidenschaftlichen Debatten eine tüchtige propagandistische Wirkung hervor. Aber da es nicht empfehlenswert ist, sich nur auf eine so heikle und gefährliche Form der Publikumswerbung zu beschränken, sollte man sich doch in verstärktem Maße auch mit friedlicheren Mitteln um das Interesse des Publikums bemühen. Das braucht durchaus nicht mit großem finanziellen Aufwand zu geschehen. Und die geringen zur Verfügung stehenden Summen sollten nicht wieder in mißglückten langwieligen Werbefilmen investiert werden. Sonderausstellungen, in größerer Zahl als bisher, besondere wechselnde Zusammenstellungen des reichen Materials nach bestimmten Prinzipien, nach Zeit- und Stilverwandtschaft oder nach Motiven würden, wie die früheren Versuche bestätigen, die Teilnahme des Publikums steigern und auch die Museumsmüden überzeugen, daß die Museen keine Mausoleen sind, in denen die Kunst für Kunstwissenschaftler aufbewahrt wird, sondern lebendige Kunsterziehungsstätten, denen gerade jetzt, da die regelmäßigen modernen Kunstausstellungen den Anschein erwecken, als ob die Gegenwart (Künstler und Publikum) keinerlei Verhältnis mehr zur Kunst haben, eine besondere Mission zukommt, indem sie lehren, an die gesunde Tradition wieder anzuknüpfen. Dazu wäre auch der Ausbau der verdienstvollen Museumsvorträge zu begrüßen, von denen einzelne zu stark spezialisiert sind und auf eine breitere Basis gestellt werden könnten.

Die Konservative Volkspartei gegründet

Die Gruppen Westarp-Treviranus vereinigt — Hervorragende Namen in Vorstand und Beirat

Die Verhandlungen über die Reorganisation der Rechten sind am Mittwochnachmittag, soweit sie den städtischen Teil der neuen Stadt- und Landlisten der positiv eingestellten Rechten betrafen, zum Abschluß gelangt. Es ist eine Konservative Volkspartei gegründet worden, die sich auf einer völligen Einigung zwischen den Vertretern der sogenannten Westarp-Gruppe und der Volkskonservativen Vereinigung aufbaut.

Von der Ueberzeugung getragen, daß alle Arbeit zunächst auf das Ziel eines günstigen **Wahlerfolges** gerichtet sein muß, hat sich die neue Partei vorläufige Organe gegeben. Die Leitung hat ein Ausschuß übernommen, der aus den Herren Habermann, v. Kamecke, v. Leitow-Vorbeck, v. Lindeiner-Wildau, Dr. Rademacher und Treviranus besteht. Daneben sind in einen Beirat gewählt worden: Dr. Dähnhardt, Dr. v. Drpander, Frl. v. Gierke, Hartmann, Dr. Hoetzsch, Lambach, Dr. Lejeune-Jung, Miltzow, Rümmele, Graf Schulenburg-Tressow, Frau Tischbein, Dr. Ullmann, Graf Westarp. Der Beirat hat als seine geschäftsführenden Mitglieder die Herren Dr. v. Drpander und Lambach benannt. Die Geschäftsstelle der Konservativen Volkspartei befindet sich in den Räumen der bisherigen Geschäftsstelle der Volkskonservativen Vereinigung, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 34, Telephon: Zentrum 4434/4435. Dort wird auch das Wahlbüro errichtet. Alle Anfragen sind an genannte Stelle zu richten.

Die neue Partei gab ihre Ziele Mittwoch nachmittag vor einem kleinen Kreis geladener Gäste bekannt, unter denen man auch den früheren Reichsbankpräsidenten Schacht und Geheimrat v. Borsig bemerkte. Graf Westarp und die Minister Schiele und Treviranus referierten; Graf Westarp bezeichnete es als seine Hauptaufgabe, für die Heranziehung des Landvolks zu sorgen.

Am Dienstag nächster Woche wird der Reichsausschuß der Christlich-nationalen Bauernpartei zusammentreten, um seinerseits hierzu die endgültigen Beschlüsse zu fassen.

Mittwoch nachmittag fand ferner eine erste Besprechung zwischen dem volksparteilichen Parteiführer Dr. Scholz, dem Reichsminister Treviranus (Volkskonservativ) und dem Landrat a. D. Dr. Gerecke (Christlich-nationale Bauernpartei) über die Möglichkeiten eines Zusammenwirkens im Wahlkampf statt.

Der Gründungsaufruf

Die neue Konservative Volkspartei tritt mit dem nachstehenden Gründungsaufruf an die Oeffentlichkeit:

„Das 1918 zur Herrschaft gelangte Parteisystem hat versagt. Die Deutschnationale Volkspartei wurde in schwerster Zeit gegründet, um die nationalen Kräfte auf der Grundlage einer gemeinsamen Weltanschauung zu sammeln und dem Aufbau neuen, staatlichen Lebens dienstbar zu machen. Ihre Entwicklung hat den wirksamen Einsatz konservativer Kräfte verhindert und droht, die Herrschaft der Linken zu einer dauernden zu machen.

Das deutsche Volk braucht mehr als andere Zusammenfassung in einer starken Staatsgewalt. Nur aus Sammlung und Einsatz aller konservativen Kräfte kann sie erwachsen.

Der konservative Staatsgedanke sieht im Staat den lebendigen Ausdruck der ewigen Volkspersönlichkeit. Ehre, Freiheit, Gesundheit und Kraft der Nation stehen über den Interessen des einzelnen. Dies Bekenntnis zum Volkstum lehrt Ehrfurcht vor der geschichtlichen Ueberlieferung, die nicht frasiros verleugnet werden kann. Es verpflichtet zur Arbeit an der Gegenwart für Freiheit und Zukunft der Nation.

Um unseren Staat stark zu machen für diesen Kampf, müssen wir das System regelloser Massenherrschaft durch einen der geschichtlichen Entwicklung und natürlichen Gliederung unseres Volkes entsprechenden Staatsaufbau überwinden.

Wir verbinden diese Aufgabe mit den Pflichten des Tages. Wir lassen deutsche Volkskraft nicht verkümmern und damit die Voraussetzung innerer und äußerer Befreiung zerstören. Zum Bewußtsein der Gefährdung von Staat und Wirtschaft sind wir entschlossen, in staatspolitischer Gemeinschaftsarbeit und Aufgabenteilung mit wesensverwandten Parteien und Gruppen in Stadt und Land zusammenzuwirken. Wir sind überzeugt, daß sich Parteien nicht nur zu bekämpfen, sondern im Blick auf das Ganze zu ergänzen haben.

Die Lösung der großen uns gestellten Aufgaben setzt innere Erneuerung voraus. Aus den lebendigen Quellen des Christentums wollen wir sie in friedlichen Wettstreit der Bekenntnisse gewinnen.

Soziale Klassenordnung von oben und unten wollen wir überwinden. Das notwendige Streben des einzelnen nach wirtschaftlichem Erfolge darf Nation und Staat nicht schwächen. Eigentum soll uns Verpflichtung zum Dienst am Ganzen sein. Selbstverwaltung durch die Nächstberufenen soll den Staat von täglicher Einmischung in Rechte und Pflichten des Staatsbürgers fernhalten. So wollen wir die Autorität des Staates und der Staatsdiener wiederherstellen.

Unser Staat soll wieder ein wehrhafter Staat werden. Hierzu müssen in der Staatsführung konservative Kräfte so zur Geltung kommen, daß der Staat fähig wird, im Kampf um die deutsche Freiheit in der Welt den gesammelten Freiheitswillen einer geeinten Nation einzusetzen. Deshalb rufen wir auf zur Gründung der Konservativen Volkspartei."

Mag Habermann, Dr. v. Kamecke, v. Leitow-Vorbeck, H. E. v. Lindeiner-Wildau, Dr. Rademacher, G. A. Treviranus.

Dr. Heinz Dähnhardt, Dr. v. Drpander, Anna v. Gierke, Georg Hartmann, Professor Dr. Otto Hoetzsch, Walther Lambach, Dr. Paul Lejeune-Jung, Herm. Miltzow, Oskar Rümmele, Graf v. d. Schulenburg-Tressow, Frau Erna Tischbein, Dr. Hermann Ullmann, Graf v. Westarp.

Kundgebung des Stahlhelm zu den Wahlen

Der Bundesvorstand des Stahlhelm gibt folgende Kundgebung zu den Reichstagswahlen bekannt:

„Mehr und mehr zeigt sich, daß im heutigen Deutschland eine parlamentarische Regierung nicht mehr möglich ist. Der Stahlhelm hält sich bereit für den herannahenden Zeitpunkt, in dem die regierenden Männer nicht mehr durch die Parteizugehörigkeit bestimmt, sondern lediglich nach dem Grade ihres nationalen Wollens und ihres Könnens erkoren werden. Der Stahlhelm beteiligt sich daher als Bund nicht an der kommenden Wahl, in welche trotz der Einigungsbemühungen des Stahlhelm die Parteien der Rechten in noch größerer Zerrissenheit eintreten als bisher. Der Bund erwartet von keiner der bestehenden Parteien die Rettung des deutschen Volkes. Er macht es aber trotzdem sämtlichen Kameraden zur Pflicht, ihr Wahlrecht auszuüben, lediglich, um ein auf alle Fälle ein weiteres Anwachsen der roten Flut zu verhindern. Die Stahlhelmkameraden wählen nur diejenigen Parteien, die mit uns **Volksbegehren und Volksentscheid** durchgeführt haben, die entschlossen sind, den Kampf gegen die marxistische Herrschaft in Preußen mit allen Kräften fortzusetzen und die durch ihr Verhalten zum Stahlhelm eine solche Unterstützung möglich machen."

Weiter wird eine „Stellungnahme zur Lage" veröffentlicht, in der auf das **Verbot des Stahlhelm im Rheinland** eingegangen wird. Es heißt darin u. a.

„Das Verbot wurde von der preußischen Regierung auf ein Gesetz gestützt, das vom Feind auf Grund des Versailler Diktates erzwungen war. Wir erkennen nicht an, gegen dieses Gesetz verstoßen zu haben. Seit Jahren bestehen im Bunde Anordnungen, die das verhindern. Die Auslegung, das „militärisch" sei, lag im Belieben der verbietenden Polizeistellen. Rechtsmittel wie sie die Weimarische Verfassung gegenüber jedem Verwaltungsakt vorschreibt, waren nicht gegeben. Deshalb fordern wir, daß bei Anwendung dieses Gesetzes die Entscheidung, ob eine Betätigung „militärisch" ist, in der Hand der militärisch sachverständigen Behörde, also beim **Reichswehrministerium**, liegt. Ferner fordern wir, daß zum Schutze gegen willkürliche Verbote die von Stahlhelmkameraden im Reichstag mehrfach beantragte Beschwerde als Rechtsmittel in das Gesetz eingefügt wird. Bis eine Sicherung der Vereinigungsfreiheit und des nationalen Betätigungsrechtes erreicht ist, haben die Unterverbände sich sorgfältig davor zu hüten, der Polizei Vorwände zum Einschreiten zu bieten. Der politische Kampf gegen das herrschende System wird entschlossen weiter geführt. Der Bundesvorstand stellt fest, daß die Erklärung der Bundesführer vom 15. Juli 1930 gegenüber der preußischen Regierung keine neuen Bindungen enthält. Jeder Versuch, einzelne unserer im Krieg und Revolution, Besetzung oder Verbot bewährten Führer auszuschalten, wird abgelehnt."

Weiter hat der Bundesvorstand beschlossen, den ersten **Reichsfrontsoldatentag** am 4. und 5. Oktober am Rhein, und zwar im Raume von Koblenz bis Bingen, stattfinden zu lassen.

Hindenburg wieder in Berlin

Der Reichspräsident ist Mittwoch abend mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug um 10.36 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen, wo er vom Reichskanzler Dr. Brüning und dem Reichsminister für die besetzten Gebiete Treviranus empfangen wurde. Der Reichspräsident, der von einer großen Menschenmenge achtungsvoll begrüßt wurde, begab sich vom Bahnhof unmittelbar in sein Palais.

2 715 000 Arbeitslose

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung keine Abnahme erfahren, und das Anwachsen der Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden hat sich in verstärktem Maße fortgesetzt. Schließlich ist auch die Zahl der Krisenunterstützten weiter gewachsen.

Es wurden am 15. Juli nach den vorläufigen Meldungen 1 470 004 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, 380 698 in der Krisenunterstützung gezählt. Damit sind beide Unterstützungseinrichtungen zusammen mehr als doppelt so stark belastet wie zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden belief sich am 15. Juli auf rund 2 770 000. Werden hiervon diejenigen abgesetzt, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, so verbleiben rund 2 715 000 Arbeitslose.

Gandhi soll nachgeben

Umstimmungsversuche gemäßigter Inder

sx. **London**, 23. 7. (Eigenbericht)

Mit großem Interesse werden in England die Versöhnungsverhandlungen verfolgt, die die beiden inzwischen gemäßigten Führer Sapu und Jayakar heute in Poona begonnen haben. Die beiden hatten mit Gandhi im Gefängnis eine mehr als fünfstündige Unterredung. Sie weigerten sich, über das Ergebnis der Unterredung Mitteilung zu machen. Sie werden morgen vermutlich noch einmal Gandhi sehen. Dann begeben sie sich in ein anderes Gefängnis, wo sie ebenfalls mit Genehmigung des Vizekönigs eine Besprechung mit dem zurückgetretenen Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung, Pandit Motilal Nehru, haben werden. Sie werden Nehru das Ergebnis der Unterhaltung mit Gandhi mitteilen und dann zu Gandhi zurückkehren, um den Gedankenaustausch fortzusetzen.

Ob es gelingen wird, Gandhi zur Zurücknahme des Befehls zum Ungehorsam zu bewegen und zur Annahme der Einladung zur Londoner Konferenz, darüber gehen die Ansichten auseinander.

Das englische Kohlenbergbaugesetz auch vom Oberhaus gebilligt

London, 23. 7.

Das Oberhaus hat die Vorlage über die Kohlenbergwerke in der vom Unterhaus am 21. Juli gebilligten abgeänderten Fassung angenommen, so daß sie nur noch vom König unterzeichnet zu werden braucht, um Gesetzeskraft zu erlangen.